



SPD-Fraktion • Lindenplatz 7 • 57078 Siegen

An die Universitätsstadt Siegen  
Herrn Bürgermeister  
Steffen Mues  
Rathaus Siegen  
Markt 2

57072 Siegen

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:  
Unser Zeichen:  
Unsere Nachricht vom:

Name: Ingmar Schiltz  
Telefon: 0271 404 3250  
E-Mail: spd-fraktion@siegen-stadt.de  
Aktenzeichen:

Datum: 25.06.2024

## **Dringlichkeitsantrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 03.07.2024**

### **Resolution zur Einführung einer landesgesetzlichen Messzahlenanpassung bei der Grundsteuerreform**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die SPD-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen bittet, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der o. g. Sitzung des Rates zu setzen:

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die folgende Resolution und beauftragt den Bürgermeister, die Resolution an den Landtag NRW und die heimischen Landtagsabgeordneten weiterzuleiten:

„Der Rat der Universitätsstadt Siegen fordert den Landtag NRW auf, eine landesgesetzliche Messzahlenanpassung bei der Grundsteuerreform so rechtzeitig zu beschließen, dass sie mit der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 in Kraft treten kann. Die Messzahlenanpassung soll zu einer verfassungskonformen Regelung führen, bei der es zu keiner Lastenverschiebung zu Ungunsten der Wohngrundstücke kommt.“

#### **Begründung:**

Proberechnungen zeigen, dass es mit den derzeitigen Messzahlen bei der zum 01.01.2025 anstehenden Grundsteuerreform zu deutlichen Lastenverschiebungen weg von Gewerbegrundstücken hin zu Wohngrundstücken kommen wird. Dabei liegt der aufkommensneutrale Hebesatz der Grundsteuer B in der Universitätsstadt Siegen bei 968 Prozentpunkten.

Daher wird aktuell auf Landesebene die Einführung von differenzierten Hebesätzen auf kommunaler Ebene diskutiert. Gegen differenzierte Hebesätze sprechen jedoch viele rechtliche und technische Unwägbarkeiten:

- Es gibt verfassungsrechtliche Bedenken, da nicht klar ist, ob den Kommunen überhaupt das Recht zusteht, selbst per Satzung eine Differenzierung zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken im Rahmen des Besteuerungsverfahrens vorzunehmen.
- Bei differenzierten Hebesätzen würden die Hebesätze für Nichtwohngrundstücke deutlich über den Hebesätzen für Wohngrundstücke liegen, was zu einer Verminderung der Akzeptanz führen wird. In der Universitätsstadt Siegen z. B. liegen die differenzierten

Anschrift:  
SPD-Fraktion  
im Rat der Universitätsstadt Siegen  
Raum 105  
Lindenplatz 7  
57078 Siegen

Kontakt:  
0271 4043250  
spd-fraktion@siegen-stadt.de  
www.spd-siegen.de

Bankverbindung:  
Sparkasse Siegen  
BLZ: 460 500 01  
Kto. Nr.: 300 639 60  
IBAN: DE34460500010030063960  
BIC: WELADED1SIE

Sprechzeiten:  
Mo 12.00 - 15.00 Uhr  
Do 12.00 - 17.00 Uhr  
Termine auf Anfrage

Hebesätze bei 684 Prozentpunkten für die Wohngrundstücke und bei 1807 Prozentpunkten für die Nichtwohngrundstücke. Die Einführung von differenzierten Hebesätzen bietet daher eine offene Flanke für eine hohe Anzahl von Widerspruchs- und Klageverfahren.

- Differenzierte Hebesätze sind nicht mehr rechtzeitig durch die Kommunen bis zur Einführung der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 umsetzbar. Auch gibt es keine zertifizierte Software, mit der die Steuerbescheide mit differenzierten Hebesätzen erlassen werden können.
- Das Prozessrisiko bei Einführung der differenzierten Hebesätze würde vom Landesgesetzgeber weg auf die einführenden Kommunen verlagert. Differenzierte Hebesätze müssten jedes Jahr aufs Neue festgelegt und begründet werden und wären daher jedes Jahr wieder angreifbar.

Ziel des Landesgesetzgebers sollte es daher sein, eine verfassungskonforme, rechtssichere und rechtzeitig umsetzbare Reform zu verabschieden, anstatt an der Einführung von differenzierten Hebesätzen durch die Kommunen festzuhalten. Eine solche Reform wäre durch eine landesgesetzliche Messzahlenanpassung bei der Grundsteuerreform möglich. Auf diese Möglichkeit haben die kommunalen Spitzenverbände bereits vor 2 Jahren hingewiesen, leider ohne entsprechende Beachtung durch die Landesregierung.

Begründung für die Dringlichkeit:

Am 20.06.2024, also bereits nach Ablauf der Antragsfrist für die kommende Ratssitzung, hat die NRW Landesregierung die aufkommensneutralen und differenzierten Hebesätze für die Kommunen in NRW bekannt gegeben. Am 03.07.2024 findet die letzte Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen vor der Sommerpause statt. Um die Resolution noch vor der Sommerpause zu verabschieden, ist eine Dringlichkeitsentscheidung des Rates notwendig. Ziel der Resolution ist, eine rechtzeitige Reform der Grundsteuer, so dass die Messzahlenanpassung durch eine landesgesetzliche Regelung noch bis zur Einführung der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 umgesetzt werden kann. Ein Abwarten bis zur nächsten regulären Sitzung des Rates nach der Sommerpause am 25.09.2024 wäre diesem Ziel nicht zuträglich.

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Rujanski  
(Fraktionsvorsitzender)



Ingmar Schiltz  
(Fraktionsgeschäftsführer)